



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

1. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

21. September 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 16:56 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Konstituierung des Ausschusses 5

Vorsitzender Josef Neumann stellt fest, dass sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales konstituiert hat.

2 Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Soziales in der 18. Wahlperiode 6

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/190 (nachträglich erschienen)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

¹ vertraulicher Sitzungsteil mit Fortsetzung von TOP 8 siehe vAPr 18/6

- 3 Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der medizinischen Technologie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen 17**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/63

– Wortbeiträge

- 4 Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW 18**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/570

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Marco Schmitz (CDU), bereits heute über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 5 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! 19**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung am 15.11.2022 zu beteiligen.

- 6 Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landesregierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen 20**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/630

– Wortbeiträge

- 7 Sachstand zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen und zur anstehenden Wahl zur ersten Kammerversammlung** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])* **21**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/142
- Wortbeiträge
- 8 Entlassung von D. aus der psychiatrischen Klinik in Dortmund** **25**
- Bericht
der Landesregierung
vertrauliche Vorlage 18/13
- Wortbeiträge
- 9 Verschiedenes** **26**
- a) Livestreaming von Sitzungen** **26**
- Der Ausschuss kommt überein, dass alle Sitzungen per Livestream verfolgt werden können sollen.
- b) Regelmäßiger Bericht über die Coronasituation** **26**
- Der Ausschuss kommt mit Zustimmung von Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) überein, dass ein Bericht über die aktuelle Coronasituation vorläufig ständiger Tagesordnungspunkt ist.
- c) Sitzungstermine des AGS 2022 und 2023** *(Tischvorlagen 1 und 2, s. Anlagen 2 und 3)* **26**
- Vorsitzender Josef Neumann hält fest, dass der Ausschuss die Sitzungstermine (Tischvorlagen 1 und 2) beschlossen hat.
- d) Ablaufplan für die Haushaltsplanberatungen im AGS** *(Tischvorlage 3, s. Anlage 4)* **26**
- Vorsitzender Josef Neumann hält fest, dass der Ausschuss den Ablaufplan für die Haushaltsplanberatungen (Tischvorlagen 3) beschlossen hat.

5 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 31.08.2022)

Der Antrag fuße auf der mittlerweile sehr bekannten COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, führt **Rodion Bakum (SPD)** aus. Nach den bislang im Rahmen der Studie durchgeführten drei Befragungsdurchgängen folge zeitnah der nächste. Die Studie belege die enorme Belastung durch die Pandemie insbesondere bei Kindern, Jugendlichen sowie den Eltern – vier von fünf Personen aus diesen Gruppen seien betroffen –, die sich auch auf die seelische Gesundheit niederschlage. Die Folgen träten verzögert ein und wirkten sich dauerhaft aus. Daher schlage er eine pflichtige Beteiligung des Ausschusses an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung vor.

Jule Wenzel (GRÜNE) befürwortet eine pflichtige Beteiligung des Ausschusses an der Anhörung. Die SPD-Fraktion thematisiere mit dem Antrag eine wichtige Problematik.

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung am 15.11.2022 zu beteiligen.

